

Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit u. Vaterland

Streiks, höhere Gewalt und Parteiführer entstehen den Verlag von der Haftung für Vergrößerung und Entschädigung.
Verlag: Verein der Deutschen Demokratischen Partei, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30
Schriftleitung: Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30, Fernsprecher Nr. 1277

Angabenpreis: Für die deutschpolitische Wochenschrift 10 Mark. - Wochenschrift im Ausland 12 Mark. - Wochenschrift nach dem Ausland des „Politischen Wegweiser“, Halle (Saale), Gr. Brauhausstraße 30.

Nummer 8

Halle, 25. Februar 1928

4. Jahrgang

Die Krise auf Abruf

Mit Aufgebot aller Kräfte ist es noch gegen Ende der Woche gelungen, die Krise abzuwenden, die eine Sprengung des Reichstages hätte herbeiführen müssen. Es ist vor allem das Eingreifen des Reichspräsidenten zurückzuführen, in dem zweiten Male im Verlauf weniger Wochen seine persönlichen Anschauungen sehr entscheidend zur Geltung gebracht hat. Wir haben seinen ersten Brief als gerechtfertigt angesehen, obwohl sich das starke Kritik in allen Lagern und gerufen hat. Auf die Dauer ist aber ein Hervortreten des Staatsoberhauptes nicht erwünscht, weil seine Position überhaupt der politischen Erwiderungen ließen soll. So ist mir seine Auffassung verfallen und mit ihm darin einig, daß die wichtigsten gesetzgeberischen Maßnahmen erledigt werden müssen, ehe das deutsche Volk zur Urne bezogen wird. So wenig glauben wir, daß diese Wiederholung nötig hat. Vor allem dürfte sie kraftlos ergebnislos eingeleitet werden. Sie hat nur erreicht, daß die Korrespondenz eingestellt werden konnte. So mehr damit erzielt werden kann, scheint uns fraglich. Das Arbeitsprogramm ist zwar vom Standpunkt der Parteien fertig gestellt worden, hat aber doch nicht die Zustimmung der Parteien gefunden, und ist nicht durchzuführen, ob es tatsächlich möglich ist, dieses Programm auch durch die Gefährden des parlamentarischen Durcheinanders sicher ans Ziel zu geleiten.

Die Koalition

Was wir an dieser Stelle schon einmal gesagt haben, wird wiederholt, weil es für die Bagatellisation von besonderer Wichtigkeit ist. Wir sehen beim besten Willen keinen Grund ein, weshalb die Krise über dem gesetzgeberischen Scheitern ausbrechen mußte. Hätte das Zentrum nicht tafeln Ermahnungen angelehnt, so wäre es auch wieder bereit gewesen, die Reichsliste für das laufende Geschäft aufzustellen. Es bot sich jedoch eine ausgezeichnete Gelegenheit, die inneren Schwierigkeiten der Partei nach außen hin durch eine gemeinsame Kampfstellung zu überwinden. Das ist der einzige Anlaß gewesen, die Koalition zu sprengen und damit den Parlamentarismus auf das Schwerste zu gefährden. Was sich im deutschen Reichstage abspielt hat, geradezu beispiellos. Wir haben gewiß mancherlei erlebt und nicht gerade immer mit besonderer Genugtuung auf unsere Vorfahren gesehen, die statt geradezu zu scheitern, in schwierigen Situationen immer Umwege wählten, um am zuletzt doch an den Ausgangspunkt zurückzuführen. Desmal aber ist die Krise geradezu eine Justizangewohnheit geworden. Der Versuch, einander die Schuld zuzuschreiben, und vor die Wähler mit einer guten Parole zu treten, hat alles Anders beiseite gedrängt. Man hat nichts mehr gesehen, nicht einmal die Lächerlichkeit. Denn lächerlich war es, wie die Koalition ihre inneren Kräfte zu veränderten suchte und zuletzt auf die fonderbare Idee verfiel, die ganze Verantwortung der Opposition zuzuschreiben. Sie erinnerte etwas an eine Ehe, die toben von der Ehebrechungskammer rechtsgültig getrennt wird, und doch fortgesetzt werden muß, weil der Mangel an Wohnung dazu zwingt. Zur Liebe kommt es übrigens nicht wieder. Wir hoffen können dieses Schauspiel mit ungeteilter Schadenfreude betrachten. Was hat man nicht alles gegen Regierungen eingebracht, an denen wir beteiligt waren. Das parlamentarische Gerede konnte so tapfer schmälern und ist nun auch der Länge bloß.

Die Verschiebung der Schuldfrage

In einem pöbeligen Ausdruck von Wahrgeliebtheit hat der Berliner Lokal-Anzeiger das Blatt Hugenbergs, seinen letzten den Gang der Ereignisse trefflich geschildert. Da die Regierungsparteien nicht einig werden können, so hätte es daran, erobere sich ganz logisch, daß man der Opposition die Verantwortung zuschreiben wird. Wenn weitere Verhandlungen an den Sozialdemokraten oder Demokraten scheitern, so brauche man ja keine weiteren Schritte zu unternehmen, um eine Basis für das Programm zu finden. Wir rührender Offenheit wird hier das ausgesprochen, was aber ohne, Es ist nicht ganz üblich, daß man in dieser geradezu finstlichen Art die Opposition auffordert, sie sei dem Wege zu räumen, oder selbst darüber zu stolpern, aber es hätte uns noch etwas an dem Wilde rührender Hilfestellung gefehlt, wenn das unterließen wäre.

Die Aussichten

Rosenmontag und Aschermittwoch sind getretet. Hoffentlich machen die Regierungsparteien von diesem letzten Tage eifrig Gebrauch. Die Stimmung nachsümpfen, dürfte ihnen nicht schwer fallen. Dann aber geht es weiter an die Arbeit. Am Montag tritt der Reichstag erneut zusammen. Die ersten Tage werden vermutlich ruhig verlaufen, da ja die im Verfolg des Vorprogramms aufgestellten Gesetzentwürfe erst vom Reichsrat genehmigt

werden müssen. Dann aber setzt die Krise mit erneuter Gewalt ein. Man hatte ursprünglich an die Opposition das mehrwürdige Ansehen gerichtet, auf alle Abänderungsanträge zu verzichten, aber schließlich doch davon Abstand genommen, da das eine unmögliche Zustimmung war. Man kann den Demokraten wirklich nicht verargen, wenn sie sich die neuen Selbstforderungen sehr genau ansehen. Soweit es sich dabei um die Ansprüche der Auslandsdeutschen, also die ersten Zahlungen für das Liquidationsgeschäft handelt, wird sich wenig einwenden lassen. Die Stimmen aber, die für die Landwirtschaft ausgemessen werden, bedürfen einer dringenden Nachprüfung. Es besteht sonst die Gefahr, daß die Millionen als angelegliche Hilfe für die deutschen Bauern dem Großgrundbesitz zugeschanzt werden, der sie zu Maßregeln verwendet. Namentlich gilt das für einen Posten von 30 Millionen, mit dem sich schon etwas anfangen läßt. Bringt aber die Opposition Abänderungsanträge ein, so werden die Regierungsparteien in eine schwierige Lage gedrängt. Kurz vor den Wahlen kann man nicht immer Meinungen ändern, und wenn man es möchte. Das ganze Geschehen ist so fartenhausmäßig erichtet, daß ein Bündnis es immerhin kann. In allen politischen Lagern herrscht auch die eifrige Arbeit, daß es innerlich weniger Wunden, — vielleicht ist auch diese Schätzung übertrieben — zu neuen Zusammengehören kommt, die dann die Auflösung des Reichstages zur Folge haben.

Der Wählerstim

Der 25. März scheidet aus. Es ist beim besten Willen technisch nicht mehr möglich, die Urnen auszustellen und aufzuliegen. Der früheste Termin ist also der 22. April. Da sich die Reichsregierung im freien Communiqué verpflichtet hat, das deutsche Volk spätestens Ende Mai zur Urne zu berufen, bleibt also ein Spielraum von fünf Wochen. Man wird auf tun, in alle Rechnungen bereits den April einzulegen. Für sehr glücklich halten wir das nicht, weil dann unsere eigene Abstimmung mit der französischen zusammenfällt. In Agitationszwecken wird der Bloc national ja manches Plakat ausstrahlen können. Das ist schon jetzt unvermeidlich, aber es wäre ganz gut, wenn wir zunächst einen Lebenslauf gewinnen könnten, wie sich die Dinge in der französischen Kammer entwickeln. Das würde vermutlich den Beweis erbringen, daß man auch jenseits der Vogeln durchaus für eine Verfassungspolitik zu haben ist, wobei wir uns gewisse Nebenwirkungen verprechen. Schließlich muß man sich jedoch auch mit einem ungelungenen Termin abfinden. Kommt es in den ersten Märztagen zur Auflösung, so muß nach der Vertagung spätestens Anfang Mai der neue Reichstag erkoren werden. Darauf haben wir uns einzurichten.

Für das Elternrecht der Schellers

Der Senatsprozess gegen den Prämieren Kranz ist in Berlin zu Ende geführt worden und hat im wesentlichen mit der Preisprechung des Angeklagten geendet. Die Verhandlungen waren ein neuer Beweis für die Justiz, wie sie in deutschen Ländern jetzt besteht. Infolge wiederholter geäußerte Auffassung, daß es sich bei unseren Richtern nicht einmal überwiegend um Höflichkeit handelt, sondern um Unvermögen und mangelndes Begreifen der Zeit, hat sich wieder vollaus bestätigt. Gerade dieser unpolitische Prozess legt davon Zeugnis ab. Darüber wird noch manches zu sagen sein. Der preussische Justizminister Dr. Schmidt hat ja selbst einige Verhandlungen beigegeben und dürfte nach unseren Informationen nicht gerade entzückt gewesen sein. Es hätte sich schon vermeiden lassen, daß aller Schmutz aufgewirbelt wurde. Man kann beim besten Willen nicht einsehen, weshalb diese halbwillkürlichen Mädchen in aller Öffentlichkeit völlig entkleidet werden mußten. Eine kurze Feststellung, daß intime Beziehungen bestanden haben, hätte für die Urteilsfindung vollaus genügt. So wurde der Bericht zu einer nicht gerade sehr nützlichen Zeitsäule für unsere Jugend. Ein eigenartiger Zufall will es, daß er gerade jetzt abgepflegt hat. Er kann als Illustration zu den Forderungen der Deutschen Nationalen und des Zentrums beim Schulgesetz dienen. Noch in den letzten Kundgebungen wurde uns versichert, und Herr Schlange-Schöninggen hat es zum Überflus in seiner ersten Wahrede die unterrichten, daß künftig das Elternrecht an der Schule gewahrt bleiben müsse. Um die Sittlichkeit zu stärken. Die Erziehung der Söhne Schellers und der übrigen jugendlichen Jungen hat in der Erörterung einen breiten Raum eingenommen. Sie ist in der Tat mißgerichtet, wenn man einmal sehen will, wie es nicht gemacht werden darf. Wir sind gerührt weit davon entfernt, die Schellers zu verallgemeinern, aber sie selbst haben uns unter Eid erzählt, daß sie in ihren Kreisen noch als Philister galten. Man kann daraus auf ihre Bekanntheit gewisse Rückschlüsse

ziehen. Und es handelt sich hier nicht etwa um Kommunisten, sondern um rechtsstehende Familien, deren Söhne dem Jungdeutschen Orden angehören. Man kann an der Schule manches ausgeben, aber schließlich wird man immer noch mehr Vertrauen zum Staat haben als zu dieser Art von Eltern. Die deutschnationale Wahlparole wird daher wohl lauten müssen: Für das Elternrecht der Schellers. Uns gefällt sie ausgeprochen. Wir nehmen sie begeistert auf.

Der Hamburger Sieg

Die Hamburger Wahlen haben genäh zum Teil einen lokalen Charakter gehabt. Auch die Person unseres verdienten Führers, des Bürgermeisters Dr. Petersen, hat eine beträchtliche Rolle gespielt, nachdem die Sozialdemokraten versucht haben, ihn von seinem Posten zu verdrängen. Aber zieht man das auch noch ab, so bleibt doch ein gewaltiger Erfolg beider liberaler Parteien. Das ist um so bemerkenswerter, als man allgemein mit einem Rückgang der Stimmen, sowohl bei den Demokraten als bei der deutschen Volkspartei, gerechnet hat. Zwanzigtausend Anhänger haben die Demokraten in vier Monaten zurückgenommen. Der Austritt der Deutschen Volkspartei ist nicht so groß, aber doch immerhin beachtenswert. Es ist das erstemal, daß sie wieder mal mit uns zusammenfallen, und sofort hat sie einen Sieg zu verzeichnen. Vielleicht zieht sie die Lehre daraus, daß sie auch in Zukunft und nicht nur beim Kampf um das Schulgesetz, sich stärker auf ihre liberale Vergangenheit bezieht. Vor allem aber begreifen wir es, daß wir selbst wieder im Vormarsch begriffen sind. Wir zweifeln nicht daran, daß der Hamburger Sonntag die Stimmung im Lande hebt. Die Wirtschaftsperiode, dieses seltsame Geschehen, das auf die berechtigte Verbitterung des Mittelstandes spekuliert, hat mit ihrer unpolitischen Haltung eine kräftige Niederlage erlitten. Mit jedem Gegner können wir uns eifrig messen, aber nicht mit einer Gruppe, die weder den Mut zum Ja, noch zum Nein hat, sondern zwischen Republik und Monarchie, zwischen schwarz-weiß und schwarz-rot-gold, zwischen Verhinderung und Nebandje hin und her taumelt. Hoffentlich ist das der Anfang vom Ende. Auch die Deutschen Nationalen bröckeln weiter. Die Sozialdemokraten haben keine Fortschritte erzielt, die stimmungsfähig sind zum Stillstand gekommen. Vielleicht gelingt es wirklich, bei den Reichstagswahlen, eine Mehrheit aus Demokraten, Sozialdemokraten und Deutscher Volkspartei herzustellen, so der dann auch noch der bayerische Bauernbund gehören würde. Dann wäre die Maßstellung des Zentrums gebrochen, und die Deutschen Nationalen in den Schmolllustel zurückgeworfen. Man verheißt uns recht, wir wollen keine Ausschaltung des Zentrums. Es soll mitarbeiten, aber es darf nicht uns seinen Willen diktieren und alle wichtigen Posten im Lande mit Anhängern besetzen.

Richard M. Bay.

Was ist liberal?

Eine Zentrumsbelehrung an die Volkspartei.

In dem Rattenkrieg von Erklärungen über die Schulfrage am Scheitern des Schulgesetzes nimmt ein Leitartikel der „Rheinischen Volkszeitung“ an die Adresse der Deutschen Volkspartei eine besondere Stellung ein. Das rheinische Zentrumslager legt seinen Koalitionsfreunden vor gesehen den liberalen Standpunkt aus und man muß sagen, daß diese Zentrumsinterpretation nicht so ganz unrichtig hat. Sie vermeist darauf, daß die Volkspartei im Bildungsausschuss an der Ausgestaltung des Elternrechtes und an der Sicherung der Befreiungsschule neben den anderen Schulpartei in weitaus größten Teil des Reichsgebietes selbst mitgewirkt habe. Nur für Baden, Hessen und einige andere Teilgebiete des Reiches gefordert das die liberalen Grundzüge nicht. Für diese regional beschränkten liberalen Grundzüge bringt selbst das Zentrumslager kein Verständnis auf. „Wenn wir die liberalen Grundzüge in unserem Bufen hegen“, — so laßt die „Rheinische Zeitung“ wirklich — „so würden wir verlangen, daß alle Deutschen ihrer Segnungen teilhaftig würden...“ Über die Haltung der Volkspartei, die nur partikuläristische Reservate für das Simultanschulprogramm begehrt, ist unklar in jedem Betracht. Um sie zu erklären, muß man schon andere als grundsätzliche Erwägungen heranziehen.“

Welche anderen Erwägungen das sein könnten, darüber schweigt sich das Blatt aus. Es deutet nur an, daß man speziell in Baden darüber Bescheid wisse.

Der Aufmarsch

Von unserem Berliner Mitarbeiter.

Im Reichstage zerbrechen sich die Führer der Regierungsparteien den Kopf über schlagkräftige Wahlpropaganda. Man ahnt schon, wie ihre Beräumlungsreden gegeneinander weiten und sich Blöße geben werden, nachzuweisen, daß das einjährige Bündnis ein Artum war, daß die Schuld am Zerium aber den anderen zuzufle. Der Vandenbalkenmäßig läßt die künftigen Wahlredner der Deutschnationalen bereits in den Saal treten, **Gesetzt an den liberalen Volksparteier, meine Damen und Herren, hat die Deutsche Volkspartei 300 000 jugendliche Landwirte dem Hungerlande angeheuert!** Ober man läßt im Ton des Dankbaldenmäßiges die drei Regierungsparteien darüber streiten, wer der eifrigste Vorkämpfer, wer der größte Gegner der Förderung Hindenburgs war, daß man vor der Parlamentsauflösung die sachliche Arbeit erledigen müsse. Solche Scherze treffen darüber den Kern dieses Wahlkampfes. Die Regierungsparteien untereinander werden die eifrigsten Kämpfer sein. Denn kaum jemals ist auf den schroffen Zerfall einer Regierungskoalition so bald eine Reichstagsauflösung erfolgt. Und wenn das Zentrum die Zusammenarbeit mit den Deutschnationalen allenfalls noch verteidigen kann mit dem Hinweis darauf, daß sie durch den Brief des Reichspräsidenten an Marx gezwungen worden sei, aus Staatsbürgerlichem Pflichtgefühl die Koalition mitzumachen, so fehlen der Deutschen Volkspartei solche Verteidigungsmöglichkeiten. Ihr Fraktionsführer Scholz führt, noch als die Koalition der Mitte bestand, den Ausschluß an rechts aus freiem Willen gebot.

Die Deutsche Volkspartei wird überhaupt eine recht schwierige Stellung haben. Denn während der Kompromißverhandlungen über das Schulgesetz sind manche Zweifel an ihrem liberalen Charakter aufgetaucht, und es wird schwer sein, diese Zweifel wieder auszuräumen. Nicht umsonst ließ im Reichstag während dieser Monate das Versehen herum: „Und die Volkspartei? Es ist dunkel unter ihrem Führer Nuntel.“ Schließlich ist es die demokratischen Lehren gezeugen, mit genauer Not aus dieser Dunkelheit herauszukommen und sich wieder auf liberale Traditionen zu beziehen. Aber sie wird ihr monatlanges Schwanzen ernstlich zu verteidigen haben und im Lande wird man ihr nicht überall und nicht ohne weiteres glauben — das ist der Gewinn, den die Volkspartei aus dem jahrelang angestrebten Bündnis mit den Deutschnationalen gezogen hat.

Es wird in diesem Wahlkampf ja überhaupt vielfach um Fragen der Weltanschauung gehen schon deshalb, weil das Zentrum angeht die Zermürbung in den eigenen Parteiorganisationen Fragen der Weltanschauung in den Vordergrund rücken dürfte. Es wird freilich daneben auch mit der Sozialdemokratie zu kämpfen haben. Die Haltung der christlichen Gewerkschaften hat deutlich gezeigt, daß der Zentrumspartei von dieser Seite her Gefahren drohen. Gerade soweit die Stellung zu den Sozialisten in Betracht kommt, ergibt sich für die Deutsche Demokratische Partei eine sehr klare Linie. Der Rechtsblock ist im Reichstage gescheitert. Die Deutsche Demokratische Partei ist stets für eine entschiedenen republikanischen Regierung eingetreten. Gerade daraus aber ergibt sich auch die Notwendigkeit, den Möglichkeiten eines allzu stark sozialistisch beeinflussten Elements entgegenzutreten. Die Deutsche Demokratische Partei ist die Vertreterin der republikanischen Streife des Bürgertums, sie wird dafür sorgen müssen, daß in der kommenden Regierung das republikanische Bürgertum eine ausreichend starke Vertretung findet. Die sozialistischen Angriffe, die schon jetzt gegen die Demokratische Partei wiederholt unternommen wurden, setzen, daß man im sozialdemokratischen Lager darauf aussetzt, in einem künftigen linksorientierten Reichstages möglichst weitgehenden Machteinfluß zu haben. Mit Recht ist man aber in demokratischen Kreisen der Auffassung, daß eine allzu stark sozialistisch beeinflusste Regierung noch einiger Zeit eine vordringliche politische Entschlung auslösen müßte. Deshalb wird man von demo-

Demokratie und Nation

Von Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R.

Aus dem neuesten Buch von Gertrud Bäumer „Grundlagen demokratischer Politik“, das in den nächsten Tagen im Verlag G. Braun, Karlsruhe erscheinen wird.

Wie sind die Kräfte eines Volkes zur Ganzheit und Einheit der Nation zu binden? Wie ist aus den mannigfaltigen, individuellen, ihren Zielen bestrehten Siedern eines Volkes die gemeinsame Richtung zu schaffen? Wie zu erreichen, daß in irgendeinem Sinne für jede von ihnen das Ganze höchste und letzte Orientierung liebt? Wie ist es möglich, jeden Einzelnen innerhalb des Ganzen so anzuschließen, daß sein Leben das Element des nationalen Lebens unbedenklich und benutzt in sich aufnimmt? Wie wird aus einer vielfach gegliederten Menschenschaft ein Reich?

Die Geschichte der Nation zeigt, daß diese Zusammenfassung stets das zur Grundlage hat, was man „Nation“ nennt. Ein Volk einheitlicher natürlicher und kultureller Art. Auch Volkereiche haben stets auf dem Nationalbewußtsein des führenden Volkes beruht, daß sich den eingegliederten anderen mehr oder weniger mittelte. Biologisches und geistliches Anknüpfen eines Volkes ist die seugende und konstituierende Elementarmacht aller Reiche der Erde. Dennoch sind die Bedingungen, unter denen dieses Volkseinheit herbeiführen wird, je, die Art in der es sich äußert, sehr verschieden. Früher war die Einheit der rassistischen, kulturellen, religiösen und politischen Formen größer und einfacher als in den modernen europäischen Staaten. Heute überdient und vermindert die Fülle und Unähnlichkeit der geistlichen und sozialen Lebensreife die Einheit des Nationalbewußtseins und die Gemeinsamkeit letzter Ziele. Durch das Christentum als die Religion, deren Natur, nicht von dieser Welt ist, und dessen Volkseinheit allen Völkern gilt, ist die Religion als staatsbildende Macht für die christlichen Völker grundständig und in weitem Maße auch faktisch ausgeübt. Weltweitens in der primitiven Form der „Staatsreligion“. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika, begründet zur Flage gemeinsamen Glaubens, kamen folgerichtig und schon früh zur Einführung des Artikels in die Verfassung, daß es niemals eine Staatsreligion geben dürfte. Es bleibt trotzdem eine gemeinsame Form allen geistigen Lebens — auch des religiösen — als Wichtigstes in dem Wesentlichen, das man Volkseinheit nennt. Aber dieses Volkseinheit als staatsbildenden Willen zu verdeutlichen und zu entfalten, ist viel schwerer, nachdem Religion und Staat auseinandergerückt

sind. Es läßt sich nicht in eine Lehre fassen, es läßt sich nur erleben. Manchen realisieren, was sie sind, nur, wenn im Leben ihnen irgendwie projiziert, gegenständig und anschaulich gemacht wird. Nation zum Erlebnis zu machen gibt es vor allem vier Möglichkeiten: die Vertiefung im Führer, die Bindung an gemeinsame Aufgaben und Ziele, das Anwenden gemeinsamer Kulturschöpfung, die Gewöhnung an gemeinsames Handeln.

Die Vertiefung im Führer gibt es als Institution und als charakteristische Berufung. Das Problem liegt hier in, daß beides zusammenfällt. Die erbliche Monarchie stützt die Institution und überläßt das Charisma „Gottes Gnade“. Die Erde, die bleibt, weil man einmal diese Familie nicht ununterbrochen „begnadete“ Führer herzugeben im stande ist, muß ein Glaube — oder ein Aberglaube! — füllen, der die Würde als solche sublimiert, um so mehr je weniger jählich ihr Träger ist. Die realpolitische Nützlichkeit gegen die Gefahren dieses Glaubens ist oft konstitutionelle Begrenzung der Monarchie.

Die Demokratie versucht, durch die Wahl die Einheit von Amt und persönlicher Berufung zu sichern. Dadurch verliert die „Repräsentation“ der Nation im Führer etwas von ihrem mythischen Charakter, aber sie wird im tatsächlichen Sinne voller. Denn die Nation hat, indem sie diese Wahl wählt, gezeigt, wie sie sich in einer Person repräsentiert zu wissen wünscht. Dafür ist allerdings die Wahl parteiethischen Einflüssen unterworfen, die als Ergebnis fast immer nur die Vertretung von politischen Egoismen in jenen gebildeten Teile zuläßt. Diese Repräsentation föhrt die Wählerkraft zur Repräsentation der Nation zu erweitern, wenn unter Umständen dem Präsidenten gelangen, wie es die großen amerikanischen Präsidenten und in gewissem Maße auch den beiden ersten deutschen Präsidenten gelungen ist. Aber es ist auch hier eine Erde — wenn auch anderer Art als bei der Monarchie — auszufüllen durch die Bedeutung der Würde an sich gegeben wird.

Aber in der Demokratie beruht überhaupt das Grundgesetz der Nation weniger auf der Repräsentation als auf der Demokratie überhaupt als auf anderen Momenten. Der Verzicht der Monarchie, oder ihre Entschlung, setzt voraus, daß in den modernen Völkern die inneren Voraussetzungen für eine solche personale Vertretung der Nation ebenso im Schwunde sind wie das Bedürfnis danach. Das Einheitsbewußtsein der Nationen, als Republiken oben nicht, näher sich heute aus anderen Quellen.

fränkischer Seite dafür zu sorgen haben, daß neben den sozialistischen Volkstreifen auch die republikanischen Streife des Bürgertums im ausreichendem Umfang vertreten sind, und daraus ergibt sich, daß die Deutsche Demokratische Partei auch nach links hin eine Abwechslung einnehmen muß.

Bauern und Landwirtschaftsnot

Bäuerliche, nicht großagrare Politik!

Der demokratische Reichstagsabgeordnete Lemmer sprach in Solberg in einer öffentlichen Kundgebung des Pommerischen Bauernvereins über „Die Parteien zur Notlage der Landwirtschaft“. Viele Bauern, die sich von der jetzt in den letzten Tagen liegenden Regierungskoalition, in der der Landbund der entscheidenden Einfluß hat, Rettung versprochen hätten, seien heute außer schwerer enttäuscht. Greulich sei, daß sich die Bauernschaft nicht mehr vor den Narren des Großgrundbesitzes spannen lasse und sich auf sich selbst besinne. Von der bäuerlichen Führung verlange die Bauernschaft heute in erster Linie Stabilisierung der

Preise der landwirtschaftlichen Produkte. Abgelehnt wird der weiter vom Großgrundbesitz geforderte Zollschutz für Futtermittel. Gefordert wird ein Zollschutz für landwirtschaftliche Verarbeitungsprodukte. Großer Beifall fand Lenner mit seinen Vorschlägen, die zu einer wirksamen Herabsetzung der Produktionskosten der Landwirtschaft führen müssen.

In den letzten Jahrzehnten hätten 60 000 000 Einwohner Landente ihre Scholle verlassen und seien in die Großstädte gezogen. Dagegen sind noch in diesem Jahr im Winter über 40 000 polnische Wanderarbeiter in der deutschen Landwirtschaft beschäftigt gewesen. Aufgabe der Bauernorganisationen wird es sein, durch Forderung und Unterhaltung einer großzügigen Siedlungspolitik eine Verbesserung vorzubereiten.

Der preussische Landwirtschaftsminister Steiger hat der Veranlassung telegraphisch seine Wünsche übermitteln. Die Bauern wählten schließlich eine Abordnung, die Berlin den Minister persönlich über die Lage des pommerischen Kleingrundbesitzes unterrichtete und Vorschläge zur wirksamen Abhilfsmaßnahmen machen soll.

Im eigenen Zeit

Die Gefahren der Opposition.

Den Alibi ist demeritert worden. Etwas Nehtliches wie dieser Koalitionszusammenbruch war noch nicht da. Nimmerleider ging noch niemals eine Koalition zugrunde. Die Rechtspreste hat sich freilich redlich bemüht zu sitzen, was sie nur sitzen konnte. Wie oft ist nicht behauptet worden, daß die böse Aute nur alle Schwierigkeiten aufkaufte. Alles Reden hat nichts genutzt. Diese Koalition konnte nicht mehr zu neuem Leben durch Mediansanten erweckt werden. Sie war innerlich zerbrochen, und sie hat das Ende genommen, das sie nehmen mußte.

Nach dem Koalitionsende ist dann ein Notentrieg geführt worden, wie man ihn fömischer auch noch nicht erlebt hat. Erklärung folgte auf Erklärung, Nichtigstellung auf Nichtigstellung. Alle tatsächlichen Schädigungen wurden abgeleugnet. Eins aber enthielte sich: Das ganze Geseser der letzten Tage hatte nicht etwa den Zweck, doch noch eine Einigung über das Schulgesetz herbeizuführen. Die endlosen Verhandlungen gingen nur darauf hinaus, den anderen mit der Verantwortung für das Scheitern zu belangen. Und wenn künftig irgendwo eine ähnliche Verhandlungsart besteht wird, dann darf man getrost sagen: Hier geht es zu wie im interfraktionellen Ausschuß der Rechtskoalition.

Die Erklärungen der Regierungsparteien befaßten sich schließlich ja auch mit dem Schulgesetz. Am Worten erklärt die deutschnationale Pressestelle: „Das Schulgesetz ist gescheitert!“ Am Abend aber gibt man die bombastische Erklärung heraus: „Das Schulgesetz ist nicht tot, es lebt im Volksbewußtsein!“ Und die Deutschnationalen erklären weiter, daß sie im Wahlkampf mit dem Schulgesetz große politische Geschäfte zu machen hoffen. Die Augen werden ihnen übergehen! Der alte Fehler der Deutschnationalen hat

sich auch hier gezeigt, der Fehler nämlich, daß sie die rechtlichen Kräfte ihres Volkes erheblich unterschätzt haben. Das hat zu ihren überpannten Forderungen geführt. Wenn das Zentrum solche Forderungen aufstellt, so wird sich selbstverständlich kein liberaler Mann darauf einlassen können. Aber beim Zentrum ist das immerhin noch erklärlich aus dem katholischen Dogma heraus. Die Deutschnationalen aber haben den evangelischen Gedanken in einer Art und Weise verkannt, die sich nur so erklären läßt, daß gewisse Führer in der evangelischen Kirche, die den Zusammenhang mit dem Volke verloren haben, den Ton angeben konnten.

Es ist aber noch ein grundsätzliches Nachwort nötig. Die Wurzel des Übels, der wahre Grund zur jetzigen Situation liegt eigentlich in dem Verhalten der beiden Hauptparteilichen Minister in ihrer im Kabinett, die damals bei der Beratung des Schulgesetzes im Kabinett diesem Entwurf nur unter Vorbehalten zugestimmt haben. Bei der ersten Beratung im Plenum haben die demokratischen Vertreter deshalb gleich mit Recht darauf hingewiesen, daß man über die Stellung des Reichstagsministers zu diesem Entwurf Klarheit verlangen müsse. Eine Zustimmung mit Vorbehalt, das ist eine staatsrechtliche Unmöglichkeit. Es ist auch parlamentarisch ganz unmöglich. So kann man nicht regieren, und so kann keine Regierung führen. Dann braucht man ja die ganze Kabinettsberatung nicht, sondern überläßt alles dem Reichstag, und dann muß ja eine jede Regierung bei solchem Geschehen vor vornerein ihr Desinteressement erklären.

Die Koalition föhmt jetzt in ihrem eigenen Zeit. Die Koalitionsparteien sind die Gefahren der Opposition entgegen zu stehen, und die Opposition brachte in diesen Tagen nichts anderes zu tun, als Gesehr bei Fuß zu stehen. Es ist nur konsequent, wenn jetzt, nachdem die Koalition auseinandergebrochen ist, die Minister der verflochtenen Koalition sich auch mit den Oppositionsparteien

in Verbindung setzen und bei ihnen um gut Wetter bitten. Es geht jetzt nicht mehr ohne die Opposition. Man kann nicht mehr ohne die Opposition regieren, sondern man muß sie angezieren. Dann muß man aber auch die Wünsche der Opposition erfüllen. Die politische Arbeit dieses Kabinetts ist zu Ende, es geht nicht mehr anders, daß man noch etwa politische Beamte ernannt werden, sondern dieses Kabinett muß sich als reines Geschäftskabinett fassen und darf nur diejenigen Arbeiten erledigen, die in diesen Tagen müssen passen.

Der Kampf der Parteien ist freilich nicht ein Kampf um seiner selbst willen, sondern es handelt sich bei ihm um die Erledigung der politischen Aufgaben. Insofern ist es staatspolitischen Gründen heraus die Opposition unter Umständen bereit, an der Erledigung dieser Aufgaben mitzuwirken. Zu diesen Aufgaben gehört ja einmal die Beschließung des Staats, es gehört zum andern dazu die Erledigung des Kriegsschadensschlußgesetzes und die Schöpfung eines Gesetzes für die Kleinrentner. Was den beiden letzten Gesetze anlangt, so hat sich die demokratische Partei stets besonders für ihre Verwirklichung ausgesprochen. Sie hat im Hinblick auf die Kleinrentner die Initiative ergreifen. Die Regierungsparteien haben, als sie in einer Koalition beisammen waren, die Angelegenheit vertagt und es schleppt. Das geht jetzt nicht mehr an. Die Demokraten werden gern darauf verzichten, billige agrarische Gesetze in der Kleinrentnerfrage zu erzielen. Die Demokraten geht es um die Sache. Sollte die demokratische Reichstagsfraktion in der nächsten Koalition vertreten werden, so würde sie mit der gleichen Entschlossenheit wie jetzt schnelle Erledigung des Kleinrentnergesetzes fordern. Nach das Arbeitsprogramm im einzelnen wird ja noch verhandelt werden müssen. Bei den bisherigen Regierungsparteien wird es liegen, ob sich ein Arbeitsprogramm für die nächsten Wochen aufstellen und durchzuführen läßt.

Inzeiger für das Fürstentum Lübeck

In, so etwas gibt es noch!

Wir lesen im letzten Heft der „Republik“ noch heute den Inzeiger in Cutin mit der Besetzung: „für Fürstentum Lübeck! Im Bewußtsein der Cutiner scheint Fürstentum Lübeck noch zu existieren, trotz Revolution, 72-jähriger Republik! Ob man so lange schlafen kann, ist fraglich.“

Cutin! Was mag das für ein Städtchen sein? Ob es im „Meyer“ nach: Ernst Hauptstadt des oberrheinischen Fürstentums Lübeck! Im Hofkämmerer: befristete Pflanzung mit 30 000 Bänden! Alle Achtung, scheint man doch nicht außerhalb der Welt zu liegen! Auch die dort Maschinen und Oefen hergestellt. Es sind auch 8 Arbeiter dort! Dann ist dort der freischöpferische reia v. Weber geboren worden, der Dichter der „Ause“, 8. Hof hat lange Zeit dort gelebt! Ein Städtchen also, etwas auf sich halten darf.

In diesem Städtchen ereignet nun schon seit 1741 Inzeiger für das Fürstentum Lübeck“. Ob er kraft der Tradition wohl glänze, herofischer sein zu müssen, die „Kreuzzeitung“, die am 9. November 1918 ihren 50. Jahrestag feiert? Oder ob er im stillen Winkel dahinschlummert? Nichts von der Revolution erfährt? Jedenfalls ein glücklicher Winkel, und vor allem eine Karikatur.

Wer sorgt für die Siedlung?

Die Demokratischen, die Volkspartei, das Zentrum und die Wirtschaftspartei haben unter dem Druck des demokratischen Vorgehens in den letzten anderthalb Jahren sich nicht, die Siedlungsfragen gegenüber ein freundschaftliches Verhältniß zu zeigen. Es war geradezu Mode geworden bei uns, sich den erkrankten Bauern und Siedlern als Siedlungsfeinde vorzustellen. Bei der Beratung der Siedlungsfragen im Reichstag hatte nun die demokratische Siedlungsfrage mehrere Anträge zur Förderung der Siedlung gestellt, bei denen sich diese Siedlungsfeindschaft doch hätte erweisen müssen. So wurde gefordert, daß die Regierung dafür sorgen sollte, daß die Preissteigerung der Auktionspreise für die Siedler und den Auktionspreisen für das Siedlungsland an den einzelnen Siedlern, die jetzt unerschwinglich hoch sind, eine Verringerung erfahren müßten. Ferner wurde verlangt, daß die Auktionspreise, die in den letzten Jahren in bedauerlicher Weise ansehlich worden sind, mehr wie bisher gefördert werden müßten. Der Wunsch, der in den Siedlungsgebieten eine geringere Bevölkerung, daß auch sie nach jahrelangen Verweilungen bei der Abgabe von Siedlungsland ausreichend berücksichtigt werden müßten, ist doch so berechtigt, wie man von jedem wahren Siedlungsfeinde Unterstützung erwarten müßte. Auch die anderen demokratischen Forderungen: Aufnahme eines Auslandsanleihe, Verbilligung des Zinsfußes durch Reichszuschüsse, Schaffung eines Zuerstkaufsrechtes, die Bewahrung einer mehrjährigen Steuerfreiheit, der Erlass der Grundsteuerbefreiung bei dem Erwerb von Siedlungsland, die Senkung der Zinsfüße für zinsfreie Siedlungskredite, die bisher 1 1/2% höher als die Reichskredite, liegen in der Linie einer wirklichen Förderung der landwirtschaftlichen Siedlung. Wiegen diese Forderungen durch den demokratischen Abgeordneten Körnering wurden alle diese Anträge von den Regierungsparteien und von der Wirtschaftspartei abgelehnt. Im gleichen Schicksal verfielen der demokratische Antrag zur Förderung des Kleinrentnerwesens Nr. 200 000... einzeln und zur Unterstützung der aus Ausland zurückwandernden Deutschen 30 000 Mark mehr in dem Etat nachzugehen. Aus diesen Vorgängen mag man die wahre Siedlungsfeindschaft der Regierungsparteien und der Wirtschaftspartei erkennen, insbesondere aber werden die Lehren klar sein, die bei den bevorstehenden Reichstagsarbeiten daran erinnern müssen.

Preußen und die Landwirtschaft

Die „Kölnische Zeitung“ gibt den Anlaß der dem Reichlichen Finanzminister wieder, in dem Steuerentscheidungen für die Landwirtschaft in weitgehendem Maße gebilligt werden. Es ist bemerkenswert, daß das Blatt Preußen die Wirtschaftspartei, also eine Partei, die sich in realen in Oppositionstellung zur gegenwärtigen Regierung befindet, diese Maßnahme mit nachfolgendem Kommentar versieht: „Man möchte es einmal gerne hören, daß die landwirtschaftlichen Verammlungen dieses Preis für die Vorbid anerkannt und hervorgehoben wird. Leider verläßt sie das... weil aus parteipolitischen Gründen von Preußen nichts Gutes für die Landwirtschaft kommen darf.“

Kein Rechtsanspruch für Kleinrentner

Angenehme Vorschläge der Reichsregierung.

Wie wir hören, werden zurzeit im Reichsarbeitsministerium nach der gesetzlichen Seite hin die Vorschläge des Reichsministers bearbeitet, die den Kleinrentnern einen gewissen Rechtsanspruch gewähren sollen. Nach all dem, was aber bisher verhandelt, handelt es sich bei diesen Vorschlägen nur um Ansprüche „minderen Grades“. Die Richtlinien für die Kleinrentnerfrage sollen dahin geändert werden, daß der Kleinrentner aufsteigende Ansprüche aus der Kleinrentnerfrage in eine Wahl-Vorschicht verwanbelt wird. Damit verliert zwar in gewissem Sinne die Unterstützung für die Kleinrentner den Almosen-Charakter. Ein Anspruch ist jedoch insofern nicht gegeben, als die Höhe der Kleinrentnerfrage selbst bestimmt, von der Kleinrentner befreit ist oder nicht. Der Rechtsanspruch ist also in keiner Weise eintragbar. Der demokratische Gegenentwurf geht aber in dieser Hinsicht sehr viel weiter und regelt das ganze Verfahren, in dem er klare Verhältnisse schafft. Im Augenblick ist noch nicht entschieden, in welcher Weise die Vorschläge der Richtlinien gesetzlich behandelt werden sollen.

Die Wirtschaftspartei.

Die Aufwertsgruppe im sächsischen Landtag wollte die Regierung auffassen lassen falls der wirtschaftsparteiliche Minister nicht seine Maßnahme über die

Wohnungswirtschaft zurückzieht. Im interfraktionellen Ausschuß der Regierungsparteien einigte man sich dahin, daß die Regierung die Vorkriegsverordnung über die Wohnungswirtschaft für die Gewerbebetriebe in Chemnitz sofort aufhebt. Die Wirtschaftspartei hat sich in diesem Falle wieder als Gegnerin von Handel und Gewerbe erwiesen.

Das Zentrum und der Siednerbürokratie.

Das linksstehende Zentrumorgan „Weisdeutsches Volksblatt“ in München-Gladbach schreibt: „Aufgereizte Menschen reden angedichtet dieses zweiten Siednerbürokratie von Diktatur. Das ist lässig. Wir haben nach wie vor auch zum gegenwärtigen Reichspräsidenten das Vertrauen, daß er zur Demokratie steht, weil er zu seinem Wort steht. Aber eine größere Zurückhaltung möchten auch wir beifürworten. Kann man sich vorstellen, daß die Diktatur in einer schwierigen politischen Situation etwa einem parteipolitischen Wunsch der Sozialdemokratie nachgeben würde? Man kann es sich nicht vorstellen, und deshalb es, so werden wir es genau so bedauern, wie in dem jetzigen Falle, wo der Schein entlarven ist, als habe das Reichsamt zugunsten der Rechtsparteien keine Objektivität verfallen.“

Praktische Landwirtschaft.

Wie mitgeteilt wird, ist es dem demokratischen Landwirtschaftsverbänden nach der Seite, der auch dem Ausschuß der Preußenliste angehört, gelungen, für die Provinz Hannover noch einen Großteil von einer Million Mark zu erwirken. Dieser Kredit ist bestimmt für diejenigen Reichsbürger, die im Frühjahr wieder aufkaufen müssen und es im Herbst wieder verkaufen.

Das Geld ist bereits der hannoverschen Provinzialgenossenschaftsliste zugeführt und muß spätestens am 15. November dieses Jahres wieder zurückgezahlt werden.

Die für die Deutschen in Ost-Oberfranken.

Im Ausschuß des Reichstages regte Abgeordneter Dr. Vergrößer (Dem.), an die Regierung zu veranlassen, um einen rationellen Mittel zur Verfügung zu stellen, um den in Ost-Oberfranken entlassenen deutschen Angestellten und Arbeitern, besonders denen der Chorzower Stahlwerke helfen zu können, bis sie eine neue Veranstellung gefunden hätten. Der Ausschuß entsand dieser Vorentwurf.

Westarp kommandiert ab

Die neuen Bauernparteien

Der frühere Reichsernährungsminister Reichstagsabgeordneter Feh r, Mitglied des Bayerischen Bauernbundes, hat mit den drei anderen Abgeordneten dieses Bundes die Fraktionsgemeinschaft mit der Wirtschaftspartei gelöst, um eine eigene Deutsche Bauernpartei zu gründen. Der Austritt der drei demokratischen Bauernabgeordneten aus der Deutschnationalen Volkspartei zur Begründung einer „Christlich-nationalen Bauernpartei“, die neuerdings Junachs durch den deutschösterreichischen Reichstagsabgeordneten Weidenböcker erhalten hat, stellt sich nach

Demokraten werbt für die Partei!

neueren Meldungen als ein Konfuzenzmandat gegen seine die hebrische Gründung dar. Die drei Gesellschafter sind zu der Neugründung abkommandiert worden. Sie haben, so stellt die Korrespondenz der Zentrumspartei fest, den Schritt im Auftrag des Reichslandbundes vollzogen.

Westarp kommandiert ab. Das gleiche Verfahren wie bei der Abnahme des Pavesplans...

Soziales

Gewerkschaft des Gewerkschaftsringes zur Volkspolitik.

Der Vorstand des Gewerkschaftsringes Deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände hat von dem Vorstand der Volkspartei der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeverbände Kenntnis genommen und bereitet eine Gegenentschließung vor, die den Standpunkt der Arbeiter und Angestellten wiedergeben soll, damit die Öffentlichkeit ein vollkommenes, feinselbst einseitiges Bild über die Tatsachen und Vorgänge vermittelt bekommt.

Die H. D.-Gewerkschaften zur Lage

Vom Gewerkschaftsring deutscher Metallarbeiter Friedrichs wird mitgeteilt: Durch die Verbindlichkeitsklärung des Siednerbüros ist der Kampf in der mitteldeutschen Metallindustrie beendet. Wir fragen uns den gesellschaftlichen Bestimmungen. Der Wohlstand der freilebenden und ausgeperrten Metallarbeiter ist es zu danken, daß er noch den Lohnkampf trotz der verschiedenen Propagationen mehrmals gestiftet wurde. Sie gehen mit dem Bewußtsein wieder in die Betriebe, den Kampf um die Belange ihrer Interessen für sich und für die Arbeitkollegen in den anderen Vorkontrollen nicht vergeblich geführt zu haben. Die von Seiten des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller angebotene Gesamtanerkennung hat bewiesen, daß es sich hierbei weniger um die Höhe der Lohnzulagen, sondern um das Prinzip als solches gehandelt hat. Mit dieser Gesamtanerkennung ist eine neue Verfestigung der Beziehungen heraufbeschworen, für deren Folgen der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller die volle Verantwortung zu tragen hat.

Beamtenfragen

Demokratische Beamtenanfrage.

Die für den Reichsvorstand des Reichsansehusses der Deutschen Demokratischen Beamten für Sonntag, dem 19. des Mts., angelegte Sitzung ist vertagt worden. Die Tagung findet nunmehr am 27. Februar von 14 Uhr ab im Konferenzsaal des Demokratischen Klubs in Berlin, Viktorstr. 24, statt.

Pensionierung von Wartensandbeamten.

Der Reichstag hat bei der Beratung über das Besoldungsgegesetz einen Entschließungsantrag angenommen, wonach die Wartensandbeamten, die nicht wieder eingestellt werden können, pensioniert werden sollen. Am Ausschuß für Beamtenfragen des Preussischen Landtags führte der Vertreter des Preussischen Finanzministers, Oberfinanzrat Froh, zu dieser Frage aus, daß zu der Pensionierung der Wartensandbeamten, falls sie nicht dauernd dienstunfähig seien, jede gesetzliche Grundlage fehle. Preußen habe auch nicht die Macht, im Sinne der Entschließung des Reichstages Pensionierungen von Wartensandbeamten vorzunehmen.

Im das Beamtenheimstättenwesen.

Das Beamtenheimstättenwesen ist bereits im Monat Juni vorigen Jahres vom Reichstag angenommen und vom Reichspräsidenten verordnet worden. Bis heute ist die Durchführungsvorordnung aber noch nicht erschienen. Es ist jetzt eine Verhandlung zwischen dem Reichsarbeitsminister und dem Reichsminister des Innern im Gange. Der Reichsarbeitsminister hat daraufhin im Entwurf einer Verordnung für Durchführung des Gesetzes über die Abtretung von Beamtenbezügen zum Heimstättenbau dem Reichsrat mit dem Ersuchen um Zustimmung vorgelegt. Es ist zu erwarten, daß vom Reichsrat die Verordnung in aller Kürze endgültig verabschiedet wird. Das Gesetz sieht für Durchführung des Verabschiedeten Abtretungs- und Ernüchterungsstellen vor. Die Durchführungsvorordnung wird die beiden Stellen näher erläutern. Nähere Auskunft über das Abtretungsverfahren zwecks Heimstättenbau, das nach Erlass der Durchführungsvorordnung praktisch in Anwendung kommen wird, gibt das Heimstättenamt der Deutschen Beamtenenschaft e. V. Berlin-Gesellschaft, eine Organisation der Beamtenpensionsgewerkschaften, das die Anregung zu dem Beamtenheimstättenengesetz beifolglich gegeben hat.

Beihilfemaßnahme für ältere Angestellte

Die demokratische Reichstagsfraktion hat zugunsten der älteren Angestellten beim Reichstag einen Antrag eingebracht, durch den die Altersgrenze in der Angestelltenversicherung auf 60 Jahre herabgesetzt werden soll. Dieser wird es infolge der politischen Situation nicht mehr möglich sein, daß dieser Antrag von diesem Reichstag erledigt wird. Im Interesse der Vorklage der älteren Angestellten ist diese Entschließung nur zu bedauern.

Aus der Arbeit

der demokratischen Landtagsfraktion

Veränderung der Wahlvorschriften für die Landwirtschaftskammern.

Angesichts der zahlreichen Mängel, die sich bei den Wahlen zu den Vorständen der Landwirtschaftskammern gezeigt haben, hat die demokratische Landtagsfraktion in Preußen einen Antragsentwurf eingebracht, demzufolge die Wahl der Mitglieder des Vorstandes der Landwirtschaftskammern einschließlich des Vorsitzenden nach den Grundbesitz der Wahlberechtigten zu erfolgen hat. Innerhalb drei Monaten nach Verkündung des Gesetzes haben sämtliche Landwirtschaftskammern zu den Neuwahlen ihres Vorstandes und des Vorsitzenden zu schreiben.

Polizeibeamt als Siedler.

Die demokratische Landtagsfraktion in Preußen hat nachstehenden Antrag eingebracht: „Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird ersucht, dafür Sorge zu tragen, daß vom Lande kommenden Stützpolizeibeamten bei Ablauf ihrer Dienstzeit Gelegenheit geboten wird, auf einem ruhigen, rationalen Wirtschaftswege zu erkennen, damit sie in der Lage sind, eine Siedlerstelle zu übernehmen.“

Parteinachrichten

Demokratische Gläubigersache für Hamburg.

Der Hauptvorstand der Demokratischen Partei hat an die Demokraten in Hamburg aus Anlaß des Wahlerfolges ein Gläubigerschreiben gerichtet und den Hamburger Freunden für die außerordentliche und mühselige Wahlarbeit den herzlichsten Dank ausgesprochen.

Demokratische Siedlungsarbeit

Bei der Haushaltsberatung über das landwirtschaftliche Siedlungsgegesetz führte der Abgeordnete Körnering (D. D. P.) folgendes aus:

„Es ist zwar nicht zuletzt dank der energischen Arbeit der Deutschen Demokratischen Reichstagsfraktion gelungen, das öffentliche Interesse für die Notwendigkeit der Siedlung wieder zu erwecken. Es sind auch dankenswerterweise vom Reich und auch von Preußen erhebliche Geldmittel zur Verfügung gestellt worden. Aber das Ergebnis der Siedlungsarbeit im ganzen ist sehr unzureichend. Was bedeutet es, wenn ein 62 Millionen Reich, das jährlich Hunderttausende von Arbeitslosen hat, 5000 Menschen durch die bäuerliche Siedlung neue Erziehung schafft! Viel größer wie der Gesamtanbau Bauernkraft ist noch immer der Verlust, der durch die Wanderung und Entzweiung von Bauern und Landarbeitern herbeigeführt wird. So hat beispielsweise Preußen vom Jahre 1919 bis 1925 einen Verringerungsverlust von 158 000 Menschen gehabt. Wie riesenhaft groß sind dagegen die Leistungen unserer östlichen Vorkontrollen. Deutschland ist geradezu ein Insel des feudalen Großgrundbesitzes in Europa geworden. Auch aus den Worten von Minister Brauns sprach die Sorge über dieses mangelhafte Ergebnis. Leider hat er uns nicht gesagt, was getan werden soll, um zu größeren Fortschritten zu kommen. Ganz abgesehen von der Vorklage des Abgeordneten Meyer (Wirtschaftsvereinigung), der die landwirtschaftliche Siedlung dem Reichsernährungsministerium unterstellen will. Glaubt er, daß dann mehr wie bisher

